

Positionspapier zum Thema
„Ambulante medizinische Versorgung
im ländlichen Raum“



LandFrauenVerband
Schleswig-Holstein e.V.

Rendsburg, im November 2012

Im Herbst 2012 hat sich der Facharbeitskreis „Soziales“ mit dem Thema „Ambulante medizinische Versorgung im ländlichen Raum – Herausforderungen und Perspektiven für Schleswig-Holstein“ befasst. Durch den demographischen Wandel wird der Anteil älterer Menschen von heute 27,3% auf 35% im Jahre 2025 steigen. Der damit einhergehenden Zunahme altersbedingter Krankheiten mit erhöhtem Behandlungsbedarf steht ein drohender Ärztemangel gegenüber, denn mehr als 600 von zur Zeit 1.900 Hausärzten gehen in den kommenden 10 Jahren in den Ruhestand. Besonders betroffen von dieser Entwicklung ist der ländliche Raum.

Vor dem Hintergrund der Aktualität des Themas fordert der LandFrauenVerband Schleswig-Holstein e.V.:

Forderungen an die Sozialversicherungen:

- Das „Hausarzt-Prinzip“ als erste Anlaufstelle gilt es wieder zu etablieren.
- Hausbesuche und persönliche Gespräche besonders bei älteren Menschen sollen angemessen honoriert werden.

Forderungen an die Sozialversicherungen und die Landespolitik:

- Medizinische Fachangestellte sollen sich zur „Gemeindeschwester“ weiterbilden und ihre Tätigkeit über die Krankenkassen abrechnen können.
- Modelle wie „Mobiler Arzt“, Arztsprechstunden im Rahmen eines Markttreffs oder eines Pflegestützpunktes sollen zugelassen und gefördert werden.

Forderungen an die Landespolitik:

- Das Land Schleswig-Holstein fördert Studierende, die sich bereit erklären, später eine Landarztpraxis zu übernehmen, mit speziellen Stipendien und stärkt gleichzeitig die Allgemeinmedizin an den Universitäten Kiel und Lübeck.
- Das Land Schleswig-Holstein unterstützt die Übernahme von Landarztpraxen durch finanzielle Förderung.
- Für Studierende wird es Pflicht, neben einem Praktikum im Krankenhaus ein Praktikum in der Landarztpraxis zu absolvieren.
- Um eine in der Fläche gleich verteilte Versorgung mit angemessenen Wegen zu gewährleisten, muss die hausärztliche Versorgung in Mittel- und Unterzentren und ländlichen Zentralorten erhalten werden.

Forderung an den Gemeindetag:

- Die Kommunen unterstützen den Erhalt einer Landarztpraxis, indem sie mietgünstige oder mietfreie Räume vorhalten und für eine gute familienfreundliche Infrastruktur mit Kindergarten, Schule und ÖPNV sorgen.

Forderung an die Bundespolitik:

- Die Bürokratie einer Arztpraxis soll auf das Notwendige beschränkt werden.